

Dresdner Nachrichten

Gegründet 1856

Verleger: Hermann Trosch
Vertriebs-Geschäftsnummer: 33341
Für die Redaktion: Nr. 33011
Schriftleitung u. Druckerei: Trosch & Co., Leipzig
Trosch & Co., Leipzig 33341

Bezugspreis bei monatlicher Zahlung monatlich 3,00 RM, vierteljährlich 7,00 RM, halbjährlich 12,00 RM, jährlich 22,00 RM. Bei Abnahme von 100 Exemplaren 2,00 RM, 200 Exemplaren 1,50 RM, 500 Exemplaren 1,00 RM, 1000 Exemplaren 0,75 RM. Der Preis für den Einzelverkauf beträgt 1,00 RM. Der Preis für den Einzelverkauf beträgt 1,00 RM. Der Preis für den Einzelverkauf beträgt 1,00 RM.

Redaktion: Leipzig & Berlin, Trosch & Co., Leipzig
Vertrieb: Leipzig & Berlin, Trosch & Co., Leipzig
Druck: Leipzig & Berlin, Trosch & Co., Leipzig

Die Dresdner Nachrichten sind für die Empfängerinnen und Empfängerinnen zu empfangen, bei den Adressierten Vorposten zu empfangen eine Karte beifügen.

Die Dresdner Nachrichten sind für die Empfängerinnen und Empfängerinnen zu empfangen, bei den Adressierten Vorposten zu empfangen eine Karte beifügen.

Die Kandidaten der nationalen Opposition Duesterberg für Deutschnationale und Stahlhelm, Hitler für die Nationalsozialisten

Brüning zwischen den Fronten

Wenn jetzt nach längerer Pause der Reichstag für zunächst vier Tage zusammentritt, dann geht es um mehr als um einige sachliche Gegenstände der Tagesordnung: Bestätigung des Termins der Reichspräsidentenwahl, Erörterungen um Groeners neue Bestimmungen für die Rekrutierung der Reichswehr oder um den Biersteuerkonflikt. Es geht nicht nur um die Annahme oder Ablehnung eines Misstrauensvotums gegen die Reichsregierung. Das ist, ebenso wie die Reichspräsidentenfrage, die namentlich durch die Erörterungen auf der rechten Seite die Blinde der Allgemeinheit auf sich gezogen hat, nur ein Teil der großen innerpolitischen Fragen, vor deren Lösung wir in den nächsten Monaten unausweichlich gestellt werden. Kennerlich gesehen, hängt natürlich das Schicksal der Regierung wiederum von einigen Gruppen der rechten Mitte ab. Die Deutsche Volkspartei wird, wie ihr Vorsitzender in der letzten Zeit wiederholt betont hat, für die Annahme der Misstrauensanträge stimmen. Aber das genügt genau so wenig, wie bei der letzten Reichstagsabstimmung, Entscheidend für das parlamentarische Schicksal Brüning's wird die Führer der Partei erklärt, die die Verantwortung für die Regierung sei bis zur Februarauflösung abgelaufen und die Partei werde dann in die Opposition gehen. Unter diesen haben sich die Versprechungen, die man der Partei hinsichtlich einer mittelständischen Politik gab, keineswegs erfüllt. Die Erhebung der Umwälzungen war ein schwerer Schlag, besonders für Gewerbe und Handel. Die erhoffte Belebung der Wirtschaft durch die Devisennotverordnung ist ausgeblieben. In die Ausfuhr ist infolge der Abschüttelungspolitik der übrigen Welt außerordentlich tief gesunken. Obendrein hat die Regierung die Durchbrechung der Handelsverträge durch das Ausland mit einem völlig unverständlichen Gleichmut hingenommen. Die wirtschaftliche Bemerkungsfähigkeit hat die Regierung also keineswegs zu neuen verstanden. Auch die Reichstagsfraktion der Wirtschaftspartei hat das zu fühlen bekommen. Ihr Verhalten bei der letzten Abstimmung hat zu ersten Auseinandersetzungen innerhalb der Partei geführt. Nun hat zwar Brüning der Partei erneut eine Brücke gebaut und ihr die Sentung der Biersteuer in Aussicht gestellt, aber die Frage bleibt bestehen, welche Ausgleicheinrichtungen der Reichskanzler bereit halten wird. Der Zustand der Reichsfinanzen ist ja trotz Einlasses der letzten Steuererlässe außerordentlich gefährdet, und es ist nicht gemessen, wenn der Reichskanzler, um mittelständische Stimmen zu gewinnen, die Sentung einer wirtschaftsfeindlichen Steuer verspricht und im Endeffekt dafür eine andere wirtschaftsfeindliche Maßnahme zur Durchführung bringt. All das wird man sich in der Wirtschaftspartei ebenfalls vor Augen halten müssen. Das parlamentarische Schicksal der Regierung steht also erneut auf des Weillers Schneide. Brüning wird zu seiner Rettung hinter den Kulissen wieder alle Mienen seiner Verhandlungsfähigkeit springen lassen müssen.

Aber der Reichskanzler wird sich die Frage vorlegen müssen, wie lange er diese Balancierübungen über dem parlamentarischen Abgrund noch durchführen kann. Wenn nur einige wenige Stimmen über sein Schicksal entscheiden, dann kann jedes unvorhergesehene Ereignis ihn stürzen. Weingart ist ihm die Februarauflösung des Reichstages zu überlegen, dann steht bereits als neue Drohung die Aprilauflösung des Reichstages vor ihm. Brüning hat die Gelegenheit verkannt, zurückzutreten, als es sich um die Volkswahl in Döbeln handelte. Hatte er damals seinen Posten geräumt, um die einmütige Wiederwahl Hindenburgs zu sichern, dann wäre nicht für die Rechte der Weg zu Hindenburg frei geworden, er hätte auch der Entwicklung Raum gegeben, die die Bildung einer Regierung auf breiter nationaler Grundlage immer zwingender erhofft. Brüning glaubt, er habe alles getan, weil er dem Reichspräsidenten zweimal seinen Rücktritt angeboten hat. Naturgemäß konnte der Reichspräsident ein Opfer, das man seiner Kandidatur darbringen wollte, nicht annehmen. Das mußte auch der Reichskanzler wissen. Er hätte hier auf eigene Entschluß und eigener Verantwortung, die ihm ja für seine Regierungstaten der Reichspräsident ebenfalls nicht abnehmen kann, handeln müssen.

Das man selbst in den dem Reichskanzler nahestehenden Kreisen eine Verbreiterung der Reichsregierung nach rechts angeht, der außenpolitischen Isolierung, bei der und sogar die Initiative in der Tributpolitik entzogen ist, und angesichts der harren Fronten im Inneren für dringend notwendig hält, zeigt die Rede des bekannten Zentrumsgeneralsekretärs v. Papen vor der rdnischen Bauernschaft. Er sagt mit ganz präzisem Schärfe, daß es Aufgabe des führenden deutschen Staatsmannes sein müßte, um die Gefahr des Bürgerkriegs und des Untergangs im Volksevidenz zu befehlen, um den Kampf um Hindenburg zu vermeiden, die staatsaufbauenden Qualitäten der großen geistigen Bewegung der Rechten konstitutiv für eine Verbreiterung der Regierungsfähigkeit nach rechts einzusetzen.

Berlin, 22. Februar. Wie wir erfahren, werden die Deutschnationale Volkspartei und der Stahlhelm im ersten Wahlgang für die Reichspräsidentenwahl den zweiten Bundesführer des Stahlhelms, Oberleutnant Duesterberg, aufstellen. Dieser Entschluß geht auf die Nachrichten zurück, wonach die NSDAP, die Kandidatur Hitler herausbringen wird. In Kreisen der Deutschnationalen Volkspartei wird betont, daß man auch weiter an dem Gedanken der Garzburger Front festhalte und hoffe, im zweiten Wahlgang zu einer Einheitskandidatur zu gelangen. Die Auffstellung der Kandidatur Duesterberg hat den Zweck, neben der Kandidatur Hitler alle Stimmen zu erfassen, die auf der äußersten Rechten ansetzbar sind. — Die Deutschnationalen und der Stahlhelm haben sich zum „Schwarzweiß-roten Wahlblock“ zusammengeschlossen.

Hierzu erfahren wir von unserer Berliner Schriftleitung: Am Montagvormittag fanden mehrtägige Verhandlungen zwischen dem Führer der Deutschnationalen, Dr. Eugenberg, und dem in Berlin eingetroffenen Bundesführer des Stahlhelms über die Reichspräsidentenfrage statt. Diese Besprechungen befaßten sich in erster Linie mit der Auffstellung der Kandidatur Duesterberg, nachdem klarheit bestand, daß Hitler für die Nationalsozialisten unter allen Umständen zu kandidieren gedenkt.

Goebbels gibt Hitlers Kandidatur bekannt

Berlin, 22. Febr. In einer Generalmitgliederversammlung des Gauess Berlin der NSDAP, die am Montagabend im überfüllten Sportplatz Haken, teilte der Berliner Gauleiter, Reichstagsabgeordneter Dr. Goebbels, unter minutenlangen hitlerischen Parolen den Anwesenden mit, daß Adolf Hitler als Kandidat für die Reichspräsidentenwahl aufgestellt wird.

Das Programm des Reichstags

Die Entscheidungen fallen Freitag

Drachmeldung unserer Berliner Schriftleitung
Berlin, 22. Februar. Der Reichsenrat des Reichstages befaßte sich heute in einer Sitzung, der auch die deutschnationalen und nationalsozialistischen Vertreter wieder beizumohnen, mit dem Arbeitsplan für die am Dienstag beginnende kurze Sitzungsperiode. Mit der Beratung des Termins der Reichspräsidentenwahl soll eine allgemeine politische Aussprache verbunden werden.

Am Schluß dieser Aussprache, voraussichtlich am Freitagabend, werden die Abstimmungen über den Termin der Reichspräsidentenwahl, über die Misstrauensanträge, über die Anträge auf Reichstagsauflösung und über die sonstigen von den Parteien als dringlich bezeichneten Anträge stattfinden.

Zu diesen Anträgen gehören vor allem diejenigen auf Aufhebung oder Änderung von Notverordnungen. Mit Ausnahme der Dienstanklagen, die um 8 Uhr beginnt, sollen die Reichstagsdebatten täglich um 12 Uhr ihren Anfang nehmen. Die Dienstanklagen wird durch eine kurze formelle Rede des Reichsinnenministers Groener eingeleitet werden, in der er lediglich den Termin für die Reichspräsidentenwahl begründen wird. Daran schließt sich sofort die politische Aussprache an. Von der Deutschen Volkspartei wurde noch der Antrag gestellt, der Reichsenrat möge bei der Reichsregierung anfragen, auch über die Dauerzeit einen Vorschlag einbringen ähnlich wie zur Weihnachtszeit eintreten zu lassen. Abg. Dr. Oberfahren (D.N.) machte darauf aufmerksam, daß schon aus formellen Gründen es unmöglich sei, den Reichsenrat mit derartigen Angelegenheiten zu befaßen. Außerdem sei es durchaus möglich, daß dieser Vorschlag in die Agitationsszeit für den zweiten Wahlgang zur Reichspräsidentenwahl fallen würde.

Hierzu am Montagvormittag stellten einige Fraktionen Sitzungen ab um sich mit der politischen Lage zu befaßen. Die Fraktion der Deutschen Volkspartei beschloß, einen Misstrauensantrag gegen das Gesamtkabinett einzubringen und bei der Abstimmung Fraktionszwang auszuüben.

Die Deutsche Volkspartei wird ihren Antrag mit einer besonderen Erklärung verbinden, in der die selbständige oppositionelle Stellung der Partei hervorgehoben wird. Im Fraktionszimmer der Sozialdemokraten tagte der

Reichsenrat am Montagvormittag stellten einige Fraktionen Sitzungen ab um sich mit der politischen Lage zu befaßen. Die Fraktion der Deutschen Volkspartei beschloß, einen Misstrauensantrag gegen das Gesamtkabinett einzubringen und bei der Abstimmung Fraktionszwang auszuüben.

Der Aktionsplan der Eisernen Front verdient also volle Aufmerksamkeit aller dieser, denen im nationalen Interesse eine Niederlage der Sozialdemokratie als Vorbedingung des Wiederaufstiegs notwendig erscheint. Die Mittelparteien stehen in dieser Reichstagsperiode vor der unausträglichsten Frage, wollen sie sich für die Linke entscheiden, oder wollen sie den Anschluss an die nationale Front vollziehen. Erhält die Reichsregierung abermals ein Vertrauensvotum, ohne die organisatorische Verbreiterung nach rechts gefunden zu haben, dann verliert vor allem die Reichspräsidentenfrage in dem Strudel parteipolitischer Feindschaften, und damit wäre der erste Teil der sozialdemokratischen Spekulationen in Erfüllung gegangen. Durch das Jähern der Mitte und der Reichsregierung wird lediglich erreicht, daß die unvermeidliche Entscheidung zwischen der Linken und der Rechten auf einen Zeitpunkt verlegt wird, an dem aus außenpolitischen Gesichtspunkten eine harte nationale Regierung unbedingt erforderlich ist. Eine Klärung der Fronten kann jetzt zu bringen, scheint deshalb die zentrale Aufgabe dieser Reichstagsperiode zu sein.

wert des Sozialismus so lange bleiben, bis Braun die dritte Etappe erreicht sieht, das zentralistische Einheitsdeutschland unter der Herrschaft der Eisernen Front. Für diese Ziele soll die „Eiserne Front“ markieren und für diese Ziele soll die politische Mitte durch sozialistisches Wohlverhalten in der Reichspräsidentenwahl gefördert werden. Braun führt die „Eiserne Front“ mit dem Blick auf Preußen gerichtet, blickt an die Mitte heran, in der Hoffnung, daß diese der politischen Initiative Brauns und seiner Hintermänner und dem Wiederanstehen der SPD in den Massenmärkten der Eisernen Front erliegt. Die Hoffnungen Brauns gehen so weit, daß er bereits an eine Vorverlegung der preussischen Wahlen auf den zweiten Wahlgang zur Reichspräsidentenwahl denkt, um möglichst den Feldmarschall für einen Erfolg der Weimarer Koalition in Preußen in Anspruch zu nehmen.

Der Aktionsplan der Eisernen Front verdient also volle Aufmerksamkeit aller dieser, denen im nationalen Interesse eine Niederlage der Sozialdemokratie als Vorbedingung des Wiederaufstiegs notwendig erscheint. Die Mittelparteien stehen in dieser Reichstagsperiode vor der unausträglichsten Frage, wollen sie sich für die Linke entscheiden, oder wollen sie den Anschluss an die nationale Front vollziehen. Erhält die Reichsregierung abermals ein Vertrauensvotum, ohne die organisatorische Verbreiterung nach rechts gefunden zu haben, dann verliert vor allem die Reichspräsidentenfrage in dem Strudel parteipolitischer Feindschaften, und damit wäre der erste Teil der sozialdemokratischen Spekulationen in Erfüllung gegangen. Durch das Jähern der Mitte und der Reichsregierung wird lediglich erreicht, daß die unvermeidliche Entscheidung zwischen der Linken und der Rechten auf einen Zeitpunkt verlegt wird, an dem aus außenpolitischen Gesichtspunkten eine harte nationale Regierung unbedingt erforderlich ist. Eine Klärung der Fronten kann jetzt zu bringen, scheint deshalb die zentrale Aufgabe dieser Reichstagsperiode zu sein.

22. Februar



NO2 03 304
N9 W10 Sturm
Wolk. Nebel, Regen, Gewitter
Wind: Ost, S, West

Am Montagmorgen über Nordhagen Westfalen hinweg ließ von der Dampfröhre blauen maritimen Aufsteig mit Nebenschichten schließend fallen, am 10. 11. 12. Uhr (Freitag) Die Abg. gegen Sonntag Dresden um 12 Uhr, Regen und weiteren Eindeutiger schwacher Regen vordringen, dabei kälteren (Sanktbasiliens)

Temperaturen von 8 Uhr morgens

Ort	Temperatur
Dresden	3,0
Leipzig	4,0
Berlin	5,0
Hamburg	6,0
Köln	7,0
München	8,0

Wetter

Ort	Wetter
Dresden	1/2
Leipzig	1
Berlin	2
Hamburg	3
Köln	4
München	5

Wetterbericht: 2 halbtägig, 3 täglich, Regen, 7 Uhr abends Regen, Temperatur: 7,0, Wind: Ost, S, West, Windstärke: 1-2, 3-4, 5-6, 7-8, 9-10, 11-12, 13-14, 15-16, 17-18, 19-20, 21-22, 23-24, 25-26, 27-28, 29-30, 31-32